



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

18.08.1988 - Drucksache 12/253

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

**Antrag** der Fraktion der SPD**Verlängerung der Wettbewerbshilfen für die deutschen Werften**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß zur weiteren Umstrukturierung des deutschen Schiffbaus und zur Sicherung der nach der Umstrukturierung verbliebenen deutschen Schiffbaukapazität der Subventionsausgleich durch den Bund fortgeführt werden muß. Sie fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Wettbewerbshilfen für die Werften zu intensivieren und fortzuschreiben. Die Erhaltung der deutschen Schiffbauindustrie ist eine nationale Aufgabe, weil die Bundesrepublik Deutschland als eine der größten Exportnationen der Welt weder auf eine eigene Schiffbauindustrie noch auf eine nationale Schifffahrt verzichten kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß mit der Bereitstellung der Wettbewerbshilfen zugunsten der deutschen Werften durch Bund und Länder im Jahre 1987 größere Zusammenbrüche in der deutschen Schiffbauindustrie verhindert wurden. Die Beschäftigungssituation auf den Werften konnte weitgehend stabilisiert werden.

Gleichzeitig blieben durch die Subventionspraxis anderer Schiffbaunationen bei weiterhin schwierigen Weltmarktbedingungen die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Schiffbauindustrie bestehen. Die subventionsbedingten Wettbewerbsnachteile der deutschen Schiffbauindustrie sind deshalb auf nationaler Ebene durch Beihilfen solange auszugleichen, als es nicht gelingt, faire Weltmarktbedingungen herzustellen.

Bei den gegenwärtigen Marktverhältnissen sind die deutschen Werften gezwungen, die Wettbewerbshilfe regelmäßig in Höhe des Höchstsatzes von 20 % an die Besteller weiterzugeben. Es ist deshalb bereits heute abzusehen, daß die Mittel des Wettbewerbshilfeprogramms nicht ausreichen, um jetzt die notwendigen Aufträge für die Aufrechterhaltung der Beschäftigung des nach dem Umstrukturierungsprogramms verbliebenen Kernbestandes der deutschen Schiffbauindustrie im bisherigen Umfang für das Jahr 1990 zu akquirieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Aufstockung der Wettbewerbshilfen um ein Jahresvolumen für das Jahr 1990 und die Verlängerung des Programms um eine weitere Laufzeit für drei Jahre in ausreichender Höhe sicherzustellen.

Schmurr, Dittbrenner und Fraktion der SPD

Anhang

...

...

...

...

...

...

Schwarz, Datum...